



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/62 - 16.3.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Mangelhafte Berlin-Hilfe	S. 1
EVG-Fronten in Belgien	S. 3
Wirtschaft - kulturell verkleidet	S. 4

Wird Berlin vergessen ?

P.S. - Berlin

Wenn die politischen Wogen hochgehen, pflegen prominente Besucher aus Bonn in der alten Reichshauptstadt einzutreffen, um den Berlinern großzügig Hilfe und Unterstützung zu versprechen. Als der Bundeskanzler bei seinem Staatsbesuch nach der Viererkonferenz in einer Kundgebung am Funkturm ein "Sofortprogramm konkreter Maßnahmen" und vor allem ein Steuergefälle zugunsten Berlins ankündigte, horchten auch viele Pessimisten auf. Zuständig für die Einlösung von Adenauers Sofortprogramm für Berlin ist neben dem Bundeswirtschaftsminister vor allem der Bundesfinanzminister. Aber davon war in Schäffers langer Steuerrede kein Wort zu hören. Das einzige, was der Bundesfinanzminister zu Berlin sagte, war die Beibehaltung des Notopfers. Man kann darüber streiten, ob eine solche Sonderabgabe für Berlin auf die Dauer klug ist. Schließlich werden die übrigen Notstandsgebiete des Bundes aus allgemeinen Bundesmitteln und nicht durch eine diskriminierende Sondersteuer unterstützt. So lange aber das Notopfer Berlin besteht, können und müssen die Berliner verlangen, daß ihnen der volle Ertrag zugute kommt. Gegenwärtig aber verwendet der Bundesfinanzminister rund 150 Millionen DM aus diesem Notopfer für allgemeine Bundeszwecke. Und dadurch entsteht für Berlin ein schiefes Bild.

Als einzige konkrete Maßnahme wurde bei den Berliner Besprechungen mit dem Bundesfinanzminister Einmütigkeit darüber erzielt, die Notstandsarbeiten fortzuführen. Aber dabei handelt es sich nur um das "kleine" Notstandsprogramm für 22000 Beschäftigte. In Anbetracht der tatsächlichen Notlage auf dem Berliner Arbeitsmarkt wäre allein das von Ernst Reuter entworfene "große" Notstandsprogramm mit 40000 Beschäftigten die konstruktive Lösung, um mit nachhaltiger Wirkung in die Sowjetzone auszustrahlen. Aber für solche durchgreifenden Maßnahmen verweigert Bonn die Mittel, selbst das kleine Notstandsprogramm läßt sich nur realisieren, wenn die Amerikaner sich wieder mit rund 60 Millionen von ins-

gesamt 170 Millionen M beteiligen.

Noch unbefriedigender sieht es bei den zusätzlichen Aufträgen für Berlin aus. Was nützen neue Fabriken und neue Maschinen, wenn die Aufträge ausbleiben? Nur eine zentrale Auftragslenkungsstelle könnte mehr öffentliche Aufträge nach Berlin bringen. Sonst werden sich in den Ländern und Gemeinden des Bundesgebietes immer die regionalen Sonderinteressen gegen Berlin durchsetzen. Aber eine solche, von allen Einsichtigen geforderte zentrale Auftragslenkung riecht nach "Planwirtschaft" und das ist für Prof. Erhardt der "schwarze Mann".

Sofern zusätzliche Aufträge nach Berlin kommen, gelingt dies nur dank der langfristigen Auftragsfinanzierung. Hierfür sollte der Bund, so heißt es, 100 Millionen M aus seinen angereicherten riesigen Kassensmitteln bereitstellen. Aber mit Hilfe der Sozialversicherung und der Privatversicherung wurde inzwischen eine Lösung gefunden, die den Bundeshaushalt nicht beansprucht.

Überdies ist diese Auftragsfinanzierung nicht nur eine Berlinhilfe des Westens, sondern mindestens in gleichem Maße eine Hilfe Berlins für den Westen. Denn wo anders in Deutschland erhalten Bahn, Post oder große Unternehmen der Grundstoffindustrie so lange Zahlungsziele wie in Berlin? Und wenn die Berliner nicht aufpassen, werden sie dabei von den westdeutschen Auftraggebern in geradezu schamloser Weise ausgenutzt. So verlangten kürzlich die Vertreter der Bundespost bei der Vergabe von 40 Millionen Aufträgen für Nachrichtenübertragung nicht nur ein Zahlungsziel von zehn Jahren - praktisch also eine Anleihe - sondern obenrein noch einen Barkredit von rund zehn Millionen M, um das in Berlin bestellte Material in West- und Süddeutschland einzubauen!

Von dem Steuergefälle, das der Bundeskanzler für Berlin versprochen hat, ist überhaupt nichts mehr zu hören. Man macht es sich bequem und vertröstet die Berliner auf die allgemeine Steuersenkung, die im Herbst in Kraft treten soll. Aber wenn man zu zusätzlichen Investitionen zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen in Berlin anreizen will, oder auch nur die Austragungsvergütung nach Berlin fördern will, muß man zusätzliche Steuererleichterungen für Berlin schaffen, damit sich ein echtes Gefälle ergibt.

Dabei kann man sich nicht auf die Hürde der Gesetzesmaschine hinausreden. Vielleicht wäre schon etwas gewonnen, wenn man auch Berlin als "Grenzzonegebiet" im Sinne des Erlasses vom 12. Oktober 1953 anerkennt. Hiernach sind zum Beispiel erhebliche Steuerabschreibungen bei Neuanschaffungen möglich. Da die Berliner Wirtschaft zum großen Teil erst jetzt langsam aus der Verlustperiode herauskommt, würde auch eine Verlängerung des steuerlichen Verlustvortrages von gegenwärtig drei auf fünf Jahre eine echte Hilfe bedeuten.

Entscheidend ist, daß sofort etwas geschieht. Denn in Berlin ist die Arbeitslosigkeit auch nach dem Beginn der Frühjahressaison mit über 20 Prozent noch immer dreimal so hoch wie im Bundesgebiet, wo die Arbeitslosigkeit auf sechs Prozent herabgedrückt werden konnte. Aber statt der versprochenen Hilfswanahmen werden die Berliner in den letzten Wochen durch neue Belastungen, wie die Brotverteuerung und die ange kündigte Mieterhöhung, beunruhigt - und dieser Widerspruch ist es, der von den Machthabern in Ostern mit Händereiben registriert wird.

+ + +

Erstarrte Fronten

pt - Brüssel

Senat und Kammer des belgischen Parlamentes sind, wie vorausgesehen, auseinander gegangen. Am 11. April finden Neuwahlen statt. Der Senat hat am letzten Tag seines Daseins, ebenfalls wie vorgesehen, den EVG-Vertrag ratifiziert. Die Abstimmung bestätigte, daß die beiden ausschlaggebenden Parteien des Landes, die Christlich-soziale Regierungspartei und die führende Oppositionspartei, die Sozialisten, in dieser Frage absolut gespalten sind. 75 christliche Senatoren und 31 Sozialisten stimmten für den Vertrag, 11 christlich-soziale und 26 Sozialisten gegen ihn. Nur die Senatoren der liberalen Partei stimmten geschlossen für ihn. Das bedeutet nicht, daß die ganze liberale Partei ihn bejaht; in der Kammer hatten sich ihm auch liberale Abgeordnete versagt.

Das sozialistische Stärkeverhältnis ist besonders bemerkenswert. Es dürfte das Meinungsverhältnis in der Partei widerspiegeln. Das kann nicht stark genug unterstrichen werden. Auch auf der Tagung der Sozialistischen Parteien Europas, Ende Februar in Brüssel, war in einem erbitterten Duell Spaak-Rollin sichtbar geworden, daß Henri Spaak keinesfalls das Recht hat, seine Europaauffassung als die der sozialistischen Partei Belgiens zu präsentieren. Zu ihrem Erstaunen erfuhren damals die durch die großen amerikanischen Nachrichtenagenturen einseitig unterrichteten skandinavischen Sozialisten aus dem Munde Rollins, daß ein erheblicher Teil der belgischen sozialistischen Partei den EVG-Vertrag ablehnt. Auch diesmal ist das Stimmenverhältnis zwischen den ablehnenden und zustimmenden sozialistischen Senatoren von den meisten Nachrichtenagenturen unterschlagen worden.

Die Glückwünsche, welche Belgien nach der Ratifizierung vom Präsidenten Eisenhower wie aus Bonn und London zugegangen sind, dürften von den verantwortungsbewußten Politikern des Landes nur mit einem bitteren Lächeln vorzeichnet werden. Denn was man befürchtete, ist eingetreten: Keine der drei tragenden Parteien des Landes hat eine geschlossene Stellung zu einem Vertrag einnehmen können, der auf jeden Fall das Land für 50 Jahre bindet und seine höchste demokratische Instanz, das Parlament, wesentlicher Rechte entkleidet. Für ein Land mit so starken Spannungen, wie sie in Belgien zwischen dem flandrischen

und wallonischen Bevölkerungsteil bestehen, für ein Land, dessen Truppenbeitrag im Ernstfalle unweigerlich unter Großmachtkommando gestellt werden muß, für ein Volk, in welchem Hochfinanz und ein anspruchsvoller Klerikalismus steht eine Bedrohung der demokratischen Entscheidung gewesen sind, bedeutet diese Aufspaltung der Parteien eine Gefährdung der Stabilität. Schon versuchen die Kommunisten, aus der verfahrenen Situation ihren Nutzen zu ziehen. Die Sozialisten, die noch einmal im letzten Augenblick beantragten, durch eine Vertagung der Senatsentscheidung Belgien zu erlauben, den Ausgang der EWG-Krise bei den Großmächten abzuwarten, sind zweifellos diejenigen, die mit dem besten Gewissen in den Wahlkampf eintreten können.

Auf jeden Fall bestätigt das belgische Beispiel wieder, daß die Deutsche Sozialdemokratie mit ihren Bedenken gegen den EWG-Vertrag nicht allein steht, selbst dann nicht, wenn man nur an die Parteien der Sozialistischen Internationale denkt. Damit bestätigt die Ratifizierung des EWG-Vertrages in Belgien nur die Erstarrung der europäischen Fronten in dieser Frage.

+ + +

"Kulturkampf" um Erdölfelder ?

Von Maria Meyer-Sevonich, MdL

Bei der Eroberung und Zerstörung des Inkareiches ging es bekanntlich um Gold und Silber. Das ist heute eine geschichtliche Tatsache. Aber die Kanonen der spanischen Soldaten waren gesegnet; und ein katholischer Priester trug ihnen die Fahne voran - mit dem Bild der Gottesmutter.

Das war der Beginn jener "Neuen Zeit", die heute in den letzten Zügen liegt, Jahrhundert der Eroberungen und Zerstörungen. Immer ging es um sehr reale Dinge. Um Negerklaven oder Elfenbein, später um Erze und Öl, dann um die Absatzmärkte. Aber immer sprach man von ganz anderen Dingen: von der Notwendigkeit, den armen Heiden die Wahrheit der christlichen Botschaft zu bringen. Und immer waren die Kanonen gesegnet. Die christliche Mission wurde zu einem festen Bestandteil in der Strategie der Eroberer - im großen wie im kleinen.

Kürzlich erst rief der bekannte Jesuitenpater Loppich auf einer Massenkundgebung in Meppen (Emelan) aus: "Wir wollen kein Satellit Hannovers werden!" Es schien dabei nur um Schulprobleme zu gehen; um die Bedrohung der katholischen Schule. Aber dann las man im "Rheinischen Merkur" vom 5. März 1954:

"Im westlichen Niedersachsen ist die Lage bedrohlich. Daß Oldenburg (dessen Schalwesen von dem bekämpften Gesetz überhaupt nicht berührt wird - Anm.d.Red.) sich vom Lande Niedersachsen bei erster Gelegenheit lösen will, weiß man, Daß die Industrie im Osnabrücker Bezirk und nicht zuletzt im Emsland - hier ist das Erdölgebiet - zurück zum westfälischen Münsterland drängt, ist nicht weniger bekannt".

Vor kurzem gab die CDU in Nordrhein-Westfalen einen Unternehmerbrief heraus, Darin empfahl sie konfessionelle Schulen deswegen, weil

"die Bekenntnisschule ein Mittel im Kampf gegen den Sozialismus ist; sie schafft stärkere Bindungen an die Kirche... mit politischen Auswirkungen von erheblicher Tragweite".

Das sind greifbare Zusammenhänge. Und die reale Zielsetzung ist nicht etwa neu. Sie ist viel älter, als das Land Niedersachsen. Es waren Teile des Zentrums - übrigens mit dem heutigen Bundeskanzler, dem damaligen Oberbürgermeister von Köln - die in den Tagen des Zusammenbruchs von 1918 die Idee eines, sagen wir einmal, quasi-autonomen Rheinstaates konzipierten, mit Köln als Landeshauptstadt, versteht sich. Darüber gibt es einwandfreie historische Quellen; u.a. die "Kölnische Volkszeitung" jener Tage, also das Zentrumsblatt selbst. Dieser "Staat" sollte mit Nordrhein-Westfalen als Kernland das Osnabrücker und Oldenburger Land umfassen, ferner Hessen, Nassau, die südlichen, an den Rhein grenzenden Gebiete, natürlich nur aus ethnographischer und religiöser Gründe. Daß die sich dabei ergebende wirtschaftliche Anreicherung sogar der maßgebende Gesichtspunkt war, gehörte zwar nicht zu den öffentlich vorgetragenen Argumenten, umso mehr erörterte man ihn in Kreisen des Düsseldorfer Industrieclubs.

Man, damals hat sich die Sache zerschlagen - es gab auch keinen Eisernen Vorhang, analog dem heutigen.

Inzwischen ist Bonn Bundeshauptstadt geworden; Nordrhein-Westfalen ein mächtiges Land der Bundesrepublik. Aber reicht diese Macht allen Eventualitäten gegenüber aus? Die Osnabrücker Industrie, das reiche Erdölgebiet des Emslandes wären ein beachtlicher Zuwachs und recht erwünscht im Sinne der wirtschaftlichen Stärkung dieses Kernlandes - für alle Fälle. Offen läßt sich so etwas schlecht sagen. Aber der Umweg über Kulturkampfparolen scheint gangbar.

+ + +